

Ich rufe auf:

**2 Aus der Pandemie lernen: Kindertagesstätten, allgemeinbildende Schulen im Primar- und Sekundarbereich sowie Förderschulen in Nordrhein-Westfalen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und den nächsten Herbst vorbereiten!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/60

Beschlussempfehlung  
des Ausschusses  
für Schule und Bildung  
Drucksache 18/2960

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch auf Folgendes hin: Aufgrund des heutigen landesweiten Warntags werden voraussichtlich um 11:00 Uhr unsere Smartphones im Plenarsaal einen Alarmton auslösen. Um die Aussprache störungsfrei durchzuführen, werden wir die Sitzung dann kurz unterbrechen und anschließend fortsetzen.

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst spricht für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Fohn.

**Annika Fohn** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus der Pandemie lernen und den Bildungssektor zukunftsfest machen, heißt, zurückzublicken und gleichzeitig nach vorne zu schauen.

Ich glaube, sagen zu können, dass wir uns, wenn wir auf die Jahre der Pandemie zurücksehen, einig sind, dass die Pandemie und die damit einhergehenden Schließungen von Schulen einen großen Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen, auf individuelle Lernprozesse, auf Bildungsteilhabe, auf Bildungsgerechtigkeit und auf das psychosoziale Wohlbefinden, aber auch auf das Leben der Eltern hatten.

Die besondere gesellschaftliche Rolle von Schulen wie auch Kitas und außerschulischen Bildungsangeboten ist uns als Zukunftskoalition mehr als bewusst. Deshalb haben wir alles daran gesetzt, Schulschließungen zu vermeiden.

Im vorliegenden Antrag geht es um die Frage nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der schulischen Bildung, der Funktionsfähigkeit des Schulsystems in einer Krise und damit um die eigentliche Frage, nämlich der nach der zukünftigen Resilienz in Krisen.

Bis hierhin sind wir uns einig: Der Stellenwert ist hoch und die Krisenresilienz zwingend erforderlich.

Das bedeutet aber nicht, dass Strukturen, die krisenfest und resilient gemacht werden müssen, gleichzeitig auch KRITIS, also kritische Infrastrukturen, sind. Es besteht die Gefahr, dass der Begriff irgendwann

inflationär genutzt wird. Eine solche begriffliche Ausdehnung wird im Antrag bereits angekündigt, denn weitere Bereiche des breitgefächerten Bildungssystems sollen darauf überprüft werden, ob sie auch als kritische Infrastrukturen deklariert werden können.

Auch die kommunalen Spitzenverbände haben in ihrer Stellungnahme vor einer solchen konturenlosen Ausweitung des Begriffs gewarnt.

Im Dezember letzten Jahres hat die Bundesregierung das vom BMI vorgelegte Eckpunktepapier für das sogenannte KRITIS-Dachgesetz beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist unter anderem die klare und systematische Identifizierung von Einrichtungen kritischer Infrastruktur. Der Bildungs- und Betreuungsbereich wird dort als Voraussetzung benannt, die der Aufrechterhaltung von kritischer Infrastruktur dient.

In den Stellungnahmen der Experten in der Anhörung Ende letzten Jahres wurde eines besonders deutlich: Eine Debatte über Begriffe und Definitionen führt uns weg vom eigentlichen Schwerpunkt und bringt in der Sache keinerlei Mehrwert. Es kommt vielmehr darauf an, den Bildungs- und Betreuungsbereich immer im politischen Fokus zu haben und prioritär zu behandeln. Genau das haben wir getan, und wir werden das auch fortan tun. Daher sollte unser gemeinsames Anliegen sein, die schulische Infrastruktur weiter nachhaltig zu stärken und krisenresilienter zu machen.

In ihrem Antrag fordert die SPD unter anderem eine Verbesserung der Digitalisierung; auch da sind wir uns einig. Das bedeutet aber auch, dass man diesen Weg konsequent mitgehen muss.

Bei der Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Einrichtung von Distanzunterricht zum Beispiel im pandemiebedingten Fall haben Sie sich in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Schule und Bildung aber enthalten. Genau das ist aber eine präventive Maßnahme, um in Krisensituationen schnell reagieren zu können.

Des Weiteren fordern Sie eine Verbesserung der Ausstattung, unter anderem durch Luftfilter. Wie Sie wissen, liegt die Einrichtung von Luftfiltern in der Zuständigkeit der kommunalen bzw. privaten Schulträger. Dazu hat das Land im Juli 2022 durch einen Richtlinienenerlass die Förderung weitergeführt und sichergestellt, dass weitere Bedarfe gedeckt werden können.

Wir haben zum Beispiel auch das Programm „Ankommen und Aufholen“ bis zum Ende der Sommerferien 2023 verlängert und im Haushalt die nötigen Mittel dafür bereitgestellt.

Auf einen Aspekt in Ihrem Antrag möchte ich gerne genauer eingehen. Auf der einen Seite wird ein großer Krisenplan für alle Kitas und Schulen gefordert, ohne dies näher zu konkretisieren. Auf der anderen Seite möchten Sie Krisenbeiräte in jeder Einrichtung

etablieren. Wir haben aus der Pandemie aber eben auch gelernt, wie wichtig klare und nachvollziehbare Entscheidungsstrukturen sind.

Doppelstrukturen mit unklaren Zuständigkeiten ...

(Alarmtöne sind zu hören. – Unruhe)

**Vizepräsident Rainer Schmelzer:** Jetzt kommen wir zu der Situation, dass der Alarm auf jeden Fall funktioniert, und das ist gut so. Gemäß § 39 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung unterbreche ich jetzt die Sitzung. Bitte bleiben Sie an Ihren Plätzen.

(Heiterkeit)

Stellen Sie den Alarm ab, wenn es geht. Wir werden gleich die Sitzung fortsetzen. – Vielen Dank.

(Unterbrechung von 10:59 Uhr bis 11:02 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Hohe Haus inklusive Innenministerium hat auch diese Situation gemeistert.

(Heiterkeit – Beifall von der CDU, den GRÜNEN, der FDP, Elisabeth Müller-Witt [SPD] und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Wir setzen jetzt die Beratung fort. – Bitte schön.

**Annika Fohn (CDU):** Das passt ja ganz gut zum Thema. Ich war dabei stehengeblieben, festzustellen, dass wir wichtige, klare und nachvollziehbare Entscheidungsstrukturen brauchen.

Doppelstrukturen mit unklaren Zuständigkeiten sind nicht effizient, und sie bedeuten auch eine deutliche Mehrbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen. Aber gerade diese Menschen müssen wir dringend entlasten. Deshalb haben wir für die Schulen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, um Alltagshelfer und Verwaltungsassistenten einstellen zu können. Durch die Stärkung von multiprofessionellen Teams entlasten wir kurzfristig das pädagogische Personal und erhöhen die Attraktivität der jeweiligen Berufsbilder.

Wir wollen das Bildungssystem von Grund auf stärken und zukunftsfest machen. Daher liegt unser größter Fokus auf der Fachkräftegewinnung und der Fachkräftesicherung. Die Leitplanken dafür hat die Ministerin für Schule und Bildung im Handlungskonzept Unterrichtsversorgung ebenfalls bereits im letzten Jahr vorgestellt. Als wichtiger Meilenstein ist hier die Erhöhung der Besoldung von Grundschullehrkräften auf A13 zu nennen.

Wir machen den Quereinstieg in den Lehrerberuf attraktiver und unbürokratischer, und wir bauen die Studienplätze für das Grundschullehramt und der Sonderpädagogik massiv aus. Klar ist aber auch: Die Fachkräfteoffensive ist eine Langstrecke.

Was wir aus der Pandemie gelernt haben, ist: Starke Strukturen sind die beste Krisenvorsorge, die man treffen kann. Deshalb werden wir uns weiter mit voller Kraft dafür einsetzen, den Bildungsbereich personell und auch strukturell zu stärken.

Zusammenfassend lässt sich nun zum Antrag sagen. Erstens werden im Antrag zusätzliche Strukturen gefordert, und er fordert dazu auf, eine Bezeichnungsdebatte zu führen. Ich möchte aber betonen: Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie. Bei der Frage nach dem Wie gehen unsere Antworten wie aufgeführt zum Teil auseinander. Zweitens lässt sich festhalten, dass der vorliegende Antrag in seinen Forderungen größtenteils bereits durch die eingesetzten Maßnahmen überholt ist.

Deshalb folgen wir der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Jetzt hat Dilek Engin aus der SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

**Dilek Engin (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Coronapandemie hat uns eines gelehrt: Bildungseinrichtungen müssen krisenfest werden. Die Schulen hätten damals nicht geschlossen werden dürfen. Mit dem Stand von heute lässt sich dies leicht sagen.

Was wäre gewesen, wenn sie offen geblieben wären? Hätte dies das Infektionsgeschehen exponentiell beschleunigt? Das ist eine hypothetische Frage, die wir heute kaum sicher beantworten können.

Was wir aber beantworten können, ist, dass die Schulen wie andere Einrichtungen in unserem Land auch unvorbereitet in einer Situation gefordert waren, in der man zwangsweise improvisieren und Ad-hoc-Entscheidungen treffen musste. Es gab keine Notfallpläne, die bei einer Pandemie solchen Ausmaßes vorbereitet und eingeübt waren und ein sicheres Offenhalten der Schulen ermöglicht hätten.

Politik, Medizin und Wissenschaft standen vor einem Entscheidungsdilemma: Wenn wir das eine tun oder das andere lassen, kann es falsch oder richtig sein. Mit den Erfahrungen von heute wissen wir jedoch mehr und müssen danach handeln.

Dies war für uns als SPD-Fraktion begründeter Anlass, Ende August letzten Jahres einen Antrag in das Plenum einzubringen, der die Landesregierung auffordert, unsere Kitas und allgemeinbildenden Schulen als Teil der kritischen Infrastruktur einzustufen, damit in Notfalllagen ein verlässlicher sowie gere-

gelter Kita- und Schulbetrieb aufrechterhalten werden kann.

Bislang sind lang anhaltende Krisenlagen, die derart auf das Bildungssystem einwirken, vollkommen außer Acht gelassen worden. Mit „Notlagen“ beziehe ich mich selbstverständlich nicht nur auf Pandemien, sondern auch auf Naturkatastrophen oder auf großflächige Ausfälle der Energieversorgung.

Der Antrag war Ende November Gegenstand einer Anhörung, in deren Rahmen die Voraussetzungen und Handlungsnotwendigkeiten zur Steigerung der Resilienz unseres Bildungssystems erörtert und differenziert diskutiert wurden. Es wurde deutlich, dass die Vulnerabilität unseres Bildungs- und Betreuungssystems sehr hoch ist; ebenso auch die gesellschaftlichen Folgekosten bei dessen krisenbedingter Schließung.

Denken wir nur an die Kettenreaktionen bei geschlossenen Bildungseinrichtungen für die Arbeitswelt: Die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland ist direkt oder indirekt von der Funktionsfähigkeit unseres Bildungssystems abhängig. Daher waren sich die Experten in der Anhörung weitgehend darin einig, dass die Aufrechterhaltung unserer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in gesellschaftlichen Krisenlagen in den Fokus der Notfallvorsorge rücken muss.

Für uns als SPD ist es notwendig und folgerichtig, Kitas und Schulen zur kritischen Infrastruktur auszubauen und dies mit konkreten Maßnahmenpaketen zu hinterlegen.

Die Maßnahmenpakete, die wir in unserem Antrag vorschlagen, sind auch kein Hexenwerk. Wir fordern die Verbesserung der Digitalisierung und die entsprechende Ausstattung von Bildungseinrichtungen.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern ein Konzept zur Einbindung außerschulischer Lernorte und weiteren pädagogischen Personals.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir verlangen eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Eltern. Wir brauchen eine Etablierung von Krisenbeiräten an Schulen, in denen Entscheidungen gemeinsam mit Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und den Schülerinnen und Schülern getroffen werden. Enorm wichtig und unerlässlich ist die Entwicklung pädagogischer Konzepte, die die Krisenbewältigung als Inhalt schulischer Bildung thematisieren. Das sind nur einige der Maßnahmen, die wir fordern.

Nordrhein-Westfalen wäre auch nicht das erste Bundesland, das Bildungseinrichtungen als kritische Infrastruktur einstuft. Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Brandenburg haben es schon vorgemacht. Der Antrag ist allerdings am 8. Februar im feder-

führenden Schulausschuss mit der Mehrheit der schwarz-grünen, regierungstragenden Fraktionen mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden. Vor der Sitzung hatten wir noch unsere Hand ausgestreckt. Alle demokratischen Fraktionen wurden von uns mit einem Gesprächsangebot angeschrieben, um auszuloten, wie wir das Anliegen, die Bildungseinrichtungen unseres Landes in Notfalllagen krisenfest zu machen, zu unserer gemeinsamen Sache machen können. Aber Fehlanzeige: Unsere ausgestreckte Hand wurde ausgeschlagen.

In der Ausschusssitzung betonten CDU und Grüne gleichermaßen, dass natürlich die Kitas und Schulen zukünftig in ähnlichen Krisenlagen in jedem Fall offen gehalten werden müssen. Aber CDU und Grüne blieben die Antwort schuldig, wie man das denn überhaupt gewährleisten will, wenn man die Bildungseinrichtungen nicht zur kritischen Infrastruktur mit entsprechenden systematischen Vorsorgeplänen ausbaut.

Noch immer leiden drei von vier Kindern an signifikanten psychosozialen Beeinträchtigungen infolge von Corona, wie jüngst wieder eine bundesweite Studie zeigte. Denn Schule ist nicht nur ein Lernraum, sondern eben auch ein soziales Gebilde, in dem grundlegende Kompetenzen des kooperativen Miteinanders erworben werden. Dies hat vielen Kindern definitiv gefehlt. Nicht zuletzt hat das Schließen der Schulen die Bildungsungerechtigkeit noch mal verschärft, weil Schule eben auch als sozialer Bezugspunkt fehlte. Einige Kinder und Jugendliche sind regelrecht aus ihrer Bildungslaufbahn geworfen worden.

Ministerin Paul und die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Frau Schlottmann haben dies erkannt. So scheint es zumindest. In einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk vom 29. Januar dieses Jahres äußerte Frau Schlottmann – ich zitiere –:

„Wir haben in der Pandemie, glaube ich, sehr deutlich festgestellt, [...] – anders, als man vielleicht vor der Pandemie gedacht hat – [...], wie wichtig für Kinder und Jugendliche die Schule auch als sozialer Ort ist.“

Frau Paul erklärte in einer Pressemeldung am 3. Januar 2022 noch in der Rolle als Opposition, wie wichtig das Offenhalten von Schulen und Kitas ist. Ich zitiere:

„Die Wünsche des Ministerpräsidenten zum Offenhalten der Schulen und Kitas sind wohlfeil, wenn die Landesregierung nicht die notwendigen Vorkehrungen dafür trifft. Die Landesregierung muss endlich handeln [...]. Bildungseinrichtungen müssen endlich als kritische Infrastruktur anerkannt werden.“

Woher, Frau Paul, und liebe Grünenfraktion, kommt plötzlich der Sinneswandel?

(Beifall von der SPD)

Ich frage die regierungstragenden Fraktionen: Warum wollen Sie unserem Antrag nicht zustimmen, der doch genau das will, nämlich, dass Schulen auch in zugespitzten Krisenlagen geöffnet und somit für unsere Kinder und Jugendlichen als sozialer Ort zugänglich bleiben? Wir müssen leider feststellen: Wenn es darauf ankommt, haben CDU und Grüne offenbar nichts aus der Pandemie gelernt.

Wenn wir einen sicheren und funktionsfähigen Schulbetrieb auch in Notsituationen aufrechterhalten wollen, müssen wir jetzt proaktiv handeln. Daher brauchen wir den Ausbau unserer Bildungseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur. Von daher bedaure ich für unsere Kinder und Jugendlichen die ablehnende Beschlussempfehlung des Schulausschusses. Das Kindeswohl und die Aufrechterhaltung der Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen auch in schwierigen Zeiten müssen unser handlungsleitendes Interesse sein. Daher appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem vorliegenden Antrag entgegen der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Engin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Sonne.

**Dennis Sonne (GRÜNE):** Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Liebe Besucherinnen auf der Besuchertribüne! Liebe Frau Engin! Schulen krisenfest machen – das haben wir im Zukunftsvertrag festgelegt. Wir bereiten die Bildungseinrichtungen auf die unterschiedlichsten Krisensituationen vor. Wir unterstützen die Schulen dabei, resilienter zu werden. Transparente und frühzeitige Maßnahmen stehen dabei im Fokus.

Wir haben beschlossen, dass wir alle nur möglichen Mittel ergreifen, um Schulschließungen zu vermeiden. Einiges an Maßnahmen und Handlungskonzepten finden Sie bereits auf der Internetseite des Schulministeriums. So finden Sie das Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung, kurz-, mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zum Thema des Lehrkräftemangels, welcher für viele Schulen eine erhebliche Krise darstellt, sowie Informationen zum Schulbetrieb in Zeiten einer Energieversorgungskrise und zum Umgang mit dem schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Uns allen ist klar, dass eine Schließung von pädagogischen Einrichtungen erhebliche Auswirkungen auf den Lernerfolg und die psychosoziale Lage der Kinder und Jugendlichen hat. Die Dringlichkeit zeigt sich auch daran, dass besonders die Kinder mit geringem sozioökonomischem Status oder Kinder mit Migrationshintergrund viel stärker betroffen sind. Das widerspricht unserem Ziel der Bildungs- und Chancen-

gerechtigkeit. Im Ziel sind wir uns demnach einig, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Wir streiten hier lediglich über den Weg dorthin und die Mittel.

Schaut man in die Fachliteratur zur Frage: „Was brauchen Schulen, um krisenfest zu werden?“, antworten die wenigsten einfach mit: „Einbindung in die kritische Infrastruktur“. Die Antwort darauf ist komplexer. Sie brauchen Planungssicherheit, Fachkräfte, ausreichende Finanzierung und schnelle transparente Maßnahmen. Sie brauchen multiprofessionelle Teams, die dazu dienen, Schulen zu stabilisieren, und Angebote auf psychosozialer Ebene. Insbesondere die psychosoziale Unterstützung muss deutlich ausgebaut werden. An diesen Punkten haben wir uns auch im Zukunftsvertrag orientiert.

„Krisenfest“ heißt für uns in diesem Kontext, das digitale Lernen zu fördern, weiter an Bildungsgerechtigkeit und an Chancengerechtigkeit zu arbeiten, Unterrichtsqualität zu verbessern und mehr für Arbeits- und Fachkräfte zu sorgen. Wir wollen zusätzlich 10.000 Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in das System Schule bringen. Anders als in Ihrem Antrag vorgesehen, wollen wir nicht nur Kitas und Schulen, sondern alle Bildungseinrichtungen und soziale Einrichtungen krisenfest aufstellen.

Die kommunalen Spitzenverbände haben im Zusammenhang mit dem Antrag zu Recht darauf hingewiesen, dass dessen Ziel den Bestimmungen der kritischen Infrastruktur des Bundes widerspricht. Das Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik hat folgende Definition in § 2 Abs. 10 BSIG festgelegt. Ich zitiere:

„Kritische Infrastrukturen im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen, Anlagen oder Teile davon, die [...] den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen sowie Siedlungsabfallentsorgung angehören [...].“

Schulen und Kitas sind also weder in den neun Sektoren erfasst noch lassen sie sich unter den vorstehenden Kriterien einordnen. Trotzdem haben Kitas sowie Schulschließungen deutliche Auswirkungen auf die kritische Infrastruktur. Wir mussten feststellen, dass Eltern, die in der kritischen Infrastruktur beschäftigt sind, nicht oder nur teilweise arbeitsfähig waren, wenn Schulen und Kindertagesstätten geschlossen waren.

Aus diesem Grunde wurden die Schulen und Kitas auch in der Pandemie für genau diese Gruppe nach Möglichkeit offen gehalten. Hier müssen und werden wir ein Auge darauf haben, indem wir Einrichtungen zum Beispiel präventiv auf Krisenfälle vorbereiten, frühzeitig planen und auch die Digitalisierung stärken.

Dass wir in einer krisenreichen Zeit leben, kann und will niemand bestreiten: Klimakrise, Krieg in Europa,

Pandemien. Wir wissen nicht, was morgen kommt. Festzuhalten bleibt aber, dass wir Bildungseinrichtungen krisenfest aufstellen müssen und nicht einen Antrag unterstützen, der andere Bildungsbereiche und wichtige soziale Einrichtungen vergisst, entsprechenden Rechtsverordnungen des Bundes widerspricht oder nur wenig Lösungen für das eigentliche Problem bietet. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag der SPD ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Sonne. – Für die FDP-Fraktion spricht die Abgeordnete Müller-Rech.

**Franziska Müller-Rech<sup>\*)</sup>** (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich noch gut an die hitzigen Debatten, die wir hier im Hohen Haus vor zwei Jahren geführt haben. Das war eine anstrengende Debatte für uns alle, auch für uns Politikerinnen und Politiker, aber vor allem – das möchte ich betonen – für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für alles weitere Personal an den Schulen und für die Eltern.

Wir Freie Demokraten haben für jeden einzelnen Tag und an jedem einzelnen Tag für geöffnete Schulen gekämpft.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte daran erinnern, dass es SPD und Grüne waren, die uns dafür aufs Schärfste kritisiert haben. Es war unter anderem die SPD, die für Schulschließungen gekämpft hat. Ich darf zum einen an das Solinger Schulschließungsmodell erinnern, wo geregelt werden sollte, wann die Schulen schneller schließen können. Ich möchte auch noch ein Zitat des Dortmunder Oberbürgermeisters, Thomas Westphal, anführen, der im März 2021 sagte: Jeder Tag ohne Schule ist ein Gewinn.

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Das haben wir damals schon gesagt. Wie gesagt, wir sind dafür hier kräftig gescholten worden. Es ist richtig gewesen, dass wir für offene Schulen gekämpft haben.

(Beifall von der FDP)

Eben hat die Kollegin Engin vom „Sinneswandel“ gesprochen. Ich möchte diesen Sinneswandel der SPD hier eindeutig begrüßen. Wir freuen uns sehr darüber, dass die SPD ihre Meinung geändert hat

(Jochen Ott [SPD]: Hat sie nicht!)

und einsieht, dass Schulschließungen nicht der richtige Weg sind. – Wir nehmen Ihre Entschuldigung gerne an.

(Heiterkeit – Jochen Ott [SPD]: Franzi, ich antworte dir gleich!)

– Das befürchte ich, lieber Jochen.

Die Schulen in Nordrhein-Westfalen waren 183 Tage ganz oder teilweise geschlossen. Wie gesagt, inzwischen wissen wir, dass es ein Fehler war, als allererstes die Schulen zu schließen – und das ist für uns ein Lernen aus der Pandemie für künftige Krisen. Das darf in Zukunft nicht wieder passieren. Wir müssen zusammen dafür sorgen, dass Bildung in unserem Land Priorität genießt, und zwar insbesondere auch in Krisenzeiten.

Wir müssen generell stärker dafür sorgen, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern viel stärker in unseren politischen Blick und in unsere Priorität gelangen. Schulen sind systemrelevant. Ihnen kommt eine herausragende Bedeutung für unsere Gesellschaft zu; und zwar nicht nur, weil dort Lerninhalte vermittelt werden, sondern auch als sozialer Raum, als Entwicklungsstätte und als Ort, wo alle zusammenkommen, insbesondere Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte, Eltern.

Wir haben gestern zum Beispiel über die Familienbildungszentren gesprochen – ein wichtiger Ort auch für die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern.

Allerdings hat dieser Antrag zwei Schwächen. Zum einen bezieht er sich allein auf COVID. Hier hätte es dem Antrag gutgetan, den Blick zu weiten, die Entwicklungen der letzten Monate zu berücksichtigen und sich nicht nur auf ein hoch ansteckendes Atemwegsvirus zu beschränken.

Die zweite Schwäche ist die alleinige Beziehung auf KRITIS. Ich habe gerade gesagt, unsere Bildungseinrichtungen müssen wir offen halten, wir müssen sie krisenfest ausrichten. Das ist aus unserer Sicht nicht unbedingt daran geknüpft, sie in KRITIS aufzunehmen.

Wenn wir ernsthaft über kritische Situationen sprechen, dann müssen wir neben COVID auch andere kritische Situationen mit in den Blick nehmen. Viele Szenarien sind da denkbar. Ich möchte zum Beispiel auch auf Naturkatastrophen hinweisen. Wir haben bei dem Starkregenereignis gesehen, dass Schulen stark beschädigt wurden oder sogar komplett havariert sind. Aber wir müssen auch zum Beispiel über eine Gasmangellage nachdenken.

Es ist richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, dass Sie hier auch unsere FDP-Bundesbildungsministerin, Bettina Stark-Watzinger, zitieren, die sich dafür eingesetzt hat und einsetzt, dass unsere Schulen krisenfest aufgestellt werden. Auch sie hat sich nicht allein auf COVID bezogen, sondern hat auch auf eine mögliche Gasmangellage verwiesen, die durch Putins furchtbaren Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Folgen entstehen könnte. Des-

wegen: Den Blick weiten, sich nicht allein auf COVID beziehen, das hätte diesem Antrag gutgetan.

Meine Damen und Herren, wir dürfen die Schulen nicht aus dem Blick verlieren, wenn es um Krisen geht. Wir dürfen nicht auf geöffnete Schulen verzichten. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen. Daher ist es enorm wichtig, dass wir unsere Schulen, unsere Kitas, unsere Bildungseinrichtungen krisenfest aufstellen, sie für Krisenzeiten stärken, aber auch abseits von Krisen mehr Priorität für Bildung schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schalley.

**Zacharias Schalley (AfD):** Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Dieser Antrag bewegt sich immer noch im bisherigen Maßnahmenkatalog zu der Bekämpfung von COVID-19-Erkrankungen, nämlich der Einschränkung und Minimierung sozialer Kontakte, und liegt damit sogar noch – man mag es kaum glauben – hinter der abstrusen Agenda von Karl Lauterbach. Aber das liegt wahrscheinlich an der Endlosschleife, die dieser Antrag in den Ausschüssen gedreht hat. So werden weiterhin Angstszenerien aufrechterhalten, die schon längst überholt und richtiggestellt wurden. Eigentlich sollte das auch bei Ihnen und den letzten Hinterbänklern angekommen sein. Aber, klar: Fehlanzeige.

Als Folge Ihrer unendlichen Geschichte der die Menschheit dahinflühenden Seuche sollen nun auch Schulen und Kitas als kritische Infrastruktur eingestuft werden. Was hieße das konkret? Erhebliche Versorgungsengpässe und Gefährdung für die öffentliche Sicherheit müssen gegeben sein, wenn diese Infrastruktur wegbrechen würde. Das scheint mir eher nicht der Fall zu sein. Aber wer Spielplätze abriegeln lässt und Leute mit der Polizei von Parkbänken wegscheucht, der scheint ein anderes Verständnis von Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu haben.

Eine weitere Konsequenz: Schulen und Kindergärten müssten auch dann offen bleiben, wenn hier die Beulenpest ausbricht oder Putin einmarschiert. In diesen Fällen – da werden Sie mir wohl zustimmen – scheint das nicht so sinnvoll zu sein und auch nicht im Sinne des Erfinders.

Es tut not, hier endlich Klarheit zu schaffen. Die Schäden, die die herrschende Politik durch die Schließung von Kitas oder durch Distanzunterricht an Schulen angerichtet hat, sind doch jetzt schon verheerend und irreversibel genug. Zu solch irrsinnigen Fehlentscheidungen darf es nie wieder kommen. Ich hoffe wirklich, dass es auch der letzte Corona-

fanatiker unter Ihnen begriffen hat. Wir müssen den Eltern, Kindern und Schülern versichern, dass sowohl Schulen als auch Kindergärten in Zukunft geöffnet bleiben, und Sie müssen eingestehen: Die Maßnahmen waren ein Fehler.

Die Eltern als Erziehungsberechtigte finden in Ihren Ausführungen nicht mal Beachtung – außer in dem Abschnitt, in dem man sie für Gewalt an Kindern während des Lockdowns an den Pranger stellen möchte. Für jeden noch so kleinen Erziehungsauftrag wollen Sie eigene schulische Stellen mit irgendwelchen pädagogischen Experten und multiprofessionellen Teams schaffen. Warum eigentlich? Halten Sie Eltern für so ungeeignet, über das Wohl ihrer eigenen Kinder zu bestimmen? Oder geht es Ihnen nur darum, Kontrolle über die Kleinsten auszuüben?

Sie sprechen in Ihrem Antrag auch voller Besorgnis davon, dass ausländische Kinder bei einer Schulschließung gar keinen Kontakt mehr zu deutschsprachigen Kindern hätten. Welch ungewohnte Töne! Es ist schön, dass auch ein blindes Huhn mal ein Korn findet.

Da nenne ich Ihnen aber gleich noch eine weitere Krise an unseren Schulen. In zahlreichen Großstadtvierteln in NRW haben ausländische Kinder trotz des täglichen Besuchs von Schulen keinen Kontakt zu deutschsprachigen Mitschülern – außer vielleicht, wenn sie den Almans das Pausenbrot abziehen.

(Kirsten Stich [SPD]: Unverschämtheit! Da muss eine Rüge erfolgen! Unverschämt!)

Doch kein politischer Fehler, aus dem nicht Kapital geschlagen werden soll! Sie wollen mehr Sozialingenieure in die Schulen schicken, um Probleme zu behandeln, die Sie erst verursacht haben. Wenn man den Bock zum Gärtner macht! Sie träumen von einem didaktischen Schlaraffenland, in dem die zahllosen zusätzlichen Lehrer, Schulpsychologen, Seelsorger, Sozialarbeiter und was weiß ich alles aus dem Nichts ins Schulgebäude hineinfliegen.

Haben Sie sich einmal gefragt, wo dieses ganze pädagogische Personal überhaupt herkommen soll? Warum fehlen uns denn allein in NRW mittlerweile über 8.000 Lehrer? Warum hat sich auf 57 freie Stellen an Duisburger Grundschulen nicht eine einzige Person beworben?

Wollten Sie das Problem an der Wurzel packen, würde es ja schon reichen, mal mit Lehramtsanwärtern, Studienräten, Schülern oder einfach den Eltern zu sprechen. Nur wären die Antworten, die Sie dort erhalten, mitnichten politisch korrekt, da Sie vor den wahren Problemen wie gewohnt den Kopf in den Sand stecken.

In der Anhörung wurde deutlich, dass die konturlose Ausdehnung des Begriffs „kritische Infrastruktur“ einen Rattenschwanz von Problemen hinter sich herzieht. Denn die Ausweitung wäre auch eine neue und

kostenintensive Aufgabe für die Kommunen; genau die Kommunen, die schon jetzt die reine Betreuung – von Bildung brauchen wir ja gar nicht erst zu sprechen – von Kindern in den Tagesstätten und Kindergärten kaum sicherstellen können.

Deshalb ist aus unserer Sicht die einzig verantwortbare Handlung, zur Wahrung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen den Normalbetrieb in sämtlichen Bereichen ihres alltäglichen Lebens zu ermöglichen, und zwar grundsätzlich, dauerhaft und ohne Schnickschnack. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Es spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Feller.

**Dorothee Feller\***, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Einbeziehung des Bildungsbereiches und insbesondere der Schulen in die kritische Infrastruktur ist der wesentliche Kern des vorliegenden Antrags. Zudem wird die Entwicklung von Krisenplänen für Kindertagesstätten und Schulen für den Fall einer neuen pandemischen Lage gefordert.

Ich denke, uns allen ist durch die Erfahrungen der Pandemie sehr deutlich geworden, dass Kindertagesstätten und Schulen jeglicher Form nicht nur wichtige Lernorte, sondern auch wichtige Begegnungs- und Sozialorte sind. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen diese Begegnung und diesen Austausch. Sie brauchen das gemeinsame Lernen in Gruppen. Sie brauchen den geregelten Tagesablauf, die schulisch-sportliche und musische Betätigung sowie den Austausch mit den Lehrkräften und mit den Mitschülerinnen und Mitschülern. All das gehört zu einer Persönlichkeitsentwicklung dazu. Es muss daher für uns alle oberste Maxime bleiben, diese Orte auch in Krisenzeiten so lange wie möglich offen zu halten.

Eine formale Einbeziehung von Schulen in die kritische Infrastruktur führt jedoch nicht automatisch zu Verbesserungen bei einer möglichen neuen pandemischen Krisensituation. Viel wichtiger ist es stattdessen, Schulen in einer Weise vorzubereiten und zu unterstützen, dass sie im Falle von eintretenden Ereignissen auch über eine Pandemie hinaus krisenfest sind und bleiben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund haben wir bereits am 28. Juli des vergangenen Jahres für alle Schulen in Nordrhein-Westfalen ein Handlungskonzept vorgestellt, um den Schulen rechtzeitig Verlässlichkeit und Klarheit im Falle des Fortbestehens der pandemischen Lage zu geben. Dieses Konzept ist seitdem stetig aktualisiert worden, soweit dies insbesondere zur Umsetzung von Änderungen der Coronaschutzverord-

nung oder der Corona-Test-und-Quarantäneverordnung notwendig gewesen ist, und kann auch für zukünftige Pandemielagen als gute Grundlage dienen.

Aufgrund der enormen Bedeutung des Präsenzunterrichts haben wir bereits im Herbst des vergangenen Jahres alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um einen erneuten flächendeckenden Wechsel in den Distanzunterricht zu vermeiden – und das mit Erfolg. Unsere Schulen haben sich durchgehend im Präsenzbetrieb befunden. Ein kurzfristiger Wechsel in den Distanzunterricht für einzelne Klassen blieb die Ausnahme.

Den Anhörungen der Sachverständigen haben wir entnehmen können, dass das Land durch das Handlungskonzept ein gutes Krisenmanagementkonzept zur Sicherung des Schulbetriebes aufgelegt hat, ohne dass die Schulen zur kritischen Infrastruktur zählen. Der Umstand, dass sie von den infolge der Energiepreiskrise getroffenen Temperaturvorgaben explizit ausgenommen worden sind, verdeutlicht meines Erachtens die – sicherlich aufgrund der Erfahrungen der Pandemie – hohe Sensibilität für den Schulbereich, die auch ohne einen formalen Status als kritische Infrastruktur mittlerweile besteht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die weiteren Forderungen des Antrags geben mir Gelegenheit, noch einige Hinweise zu geben. Das Land unterstützt die Schulen bei der Ausstattung von Schülerinnen und Schülern und auch Lehrkräften mit digitalen Endgeräten. Genauso unterstützen wir beim Auf- und Ausbau der schulischen IT-Infrastruktur. Im Rahmen der Digitalstrategie Schule werden rund 1,9 Millionen Euro bis 2025 bereitgestellt, um die Schulen in die Lage zu versetzen, eine zeitgemäße Bildung gestalten zu können.

Ferner stellt das Land unter anderem den Schulträgern bis zu 90,4 Millionen Euro für humile Luftfiltergeräte zur Verfügung. Auch CO<sub>2</sub>-Messgeräte können zwischenzeitlich finanziert werden. Unsere Schulen können auf ein breites Unterstützungsangebot zurückgreifen, um Schülerinnen und Schüler bei psychosozialen Problemen zu unterstützen. Einen wichtigen Faktor stellt dabei die Schulsozialarbeit dar. Insgesamt unterstützen weit über 2.000 Fachkräfte für Schulsozialarbeit die Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen und arbeiten eng mit den Lehrkräften, mit pädagogischen Fachkräften im Ganztage, der Jugendhilfe und der Schulpsychologie zusammen.

Es wurden bereits sehr gute Unterstützungsangebote auf den Weg gebracht. Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und die dynamischen Entwicklungen verdeutlichen aber auch, dass die Unterstützung von Schulen bei der Herstellung und Beibehaltung von Krisenresilienz eine Daueraufgabe bleibt. Die außerordentliche Bedeutung dieser Aufgabe ist hingegen unabhängig von einer formalen Einordnung, sondern ergibt sich nicht zuletzt aus den

Erkenntnissen, die wir in den vergangenen Jahren der Pandemie gemacht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Ministerin Feller. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Brüntrup.

**Tom Brüntrup (CDU):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob bei Aufstellung der Tagesordnung berücksichtigt wurde, dass heute um 11 Uhr der landesweite Warntag stattfindet. Man hätte aber keinen besseren Tag und kein besseres Beispiel finden können, um aufzuzeigen, wann man zutreffenderweise von kritischer Infrastruktur und Bevölkerungsschutz sprechen sollte.

Lassen Sie mich im Vorfeld festhalten, dass es in unser aller Interesse ist, unsere Schulen und Kindertagesstätten krisensicher aufzustellen. Die Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen während der Coronapandemie haben sowohl Kindern und Eltern als auch den Bildungseinrichtungen viel abverlangt. Dennoch haben es die vielen engagierten Beteiligten geschafft, die Krise zu bewältigen und innovative Lösungen zu finden. Aus diesen Erfahrungen gilt es für uns als Politik, zu lernen und Vorkehrungen für einen erfolgreichen Schulalltag und eine reibungslose Kinderbetreuung im Ernstfall zu treffen. In der Zielsetzung sind wir uns entsprechend einig. Was uns unterscheidet, ist der Weg dorthin.

Was in Zeiten von Krisen, Kriegen und Fachkräftemangel nicht hilft, ist Symbolpolitik; eine Symbolpolitik, wie sie der Antrag der SPD und insbesondere dessen Überschrift beinhaltet. So sollen Kindertagesstätten und Schulen zur kritischen Infrastruktur weiterentwickelt werden – kritische Infrastruktur: ein Begriff aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes, der in diesen Zeiten an Bedeutung und öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen hat. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich die Begriffsbezeichnung des Bundesamtes für Sicherheit und Informationstechnik. Danach sind kritische Infrastrukturen:

„Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden.“

Wenn man die Definition hört, ist sie aus gutem Grund Sektoren wie beispielsweise Energie, Gesundheit, Wasser, Ernährung und IT vorbehalten. Sie bestimmt im Rahmen des Bevölkerungsschutzes jene Bereiche, die im Krisenfall prioritär zu schützen sind, weil mit ihrem Ausfall erhebliche Bedrohungen

für die öffentliche Sicherheit verbunden sind oder andere dramatische Folgen eintreten könnten.

Wir sind uns einig, dass Schulen und Kitas eine zentrale gesellschaftliche Rolle spielen und diese ihren Bildungsauftrag zu jeder Zeit wahrnehmen können müssen. Eine Betreuung der Kinder ist zudem zwingend erforderlich, wenn anderenfalls die Eltern in systemrelevanten Berufen nicht zur Verfügung stehen würden.

Ob jedoch die öffentliche Sicherheit gefährdet ist, wenn die Einrichtungen schließen müssen und ob der Vergleich mit tatsächlichen kritischen Infrastrukturen angemessen ist, ist fraglich. So haben sich auch die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung negativ zur Ausweitung des Begriffs der kritischen Infrastruktur geäußert, unter anderem, da die Ausweisung als kritische Infrastruktur weitreichende Folgen im Krisenfall hat, um eine konturenlose Ausdehnung der Begrifflichkeit zu vermeiden und um eine nicht zu erfüllende Erwartungshaltung der Bevölkerung nicht zu wecken.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, gilt es, mit dem Begriff der kritischen Infrastruktur behutsam umzugehen. Entsprechend sollten wir die Resilienz unserer Schulen und Kindertageseinrichtungen nicht begrifflich, sondern fach- und bedarfsgerecht stärken. Dazu gehört vor allem, die Fachkräfteoffensive des Landes fortzuführen, um den Fachkraft-Kind-Schlüssel in der Kinderbetreuung weiter zu verbessern und um das vorhandene Personal in der jetzigen Zeit, aber auch gerade in Krisensituationen, zu entlasten.

Ja, wir wissen, dass die Fachkräfteoffensive erst mittelfristig ihre Wirkung zeigen wird. Aber Fachkräfte zu gewinnen und auszubilden ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Daran wird auch eine technische Begriffsbezeichnung nichts ändern. Wir befinden uns entsprechend auf einem guten Weg, unsere Schulen und Kindertagesstätten zu stärken und die vorhandenen Fachkräfte zu unterstützen. Ein auch außerhalb von Krisenzeiten gut ausgestattetes System hilft uns dabei mehr als jede Begrifflichkeit und jeder Krisenplan. Denn nichts funktioniert ohne die Fachkräfte, die dies umsetzen müssten und die sich jeden Tag um unsere Kinder kümmern.

Wir folgen entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildung leihen diesen Antrag ab.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brüntrup. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Ott.

**Jochen Ott** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin anderer Meinung. Warum? Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 19.11.2021 zur Rechtmäßigkeit von Schulschließungen während der Coronapandemie die Gewährleistungsverantwortung des Staates zur Bereitstellung von Bildung bestätigt.

Ich zitiere aus einer studienbegleitenden Hausarbeit von Kathrin Stolzenburg aus dem letzten Jahr – Zitat –:

Das im Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz verankerte und mit dem Bildungsauftrag aus Art. 7 Abs. 1 Grundgesetz korrespondierende Recht stehe, so betont das Gericht, in seinen verschiedenen Gewährleistungsdimensionen in Einklang mit der völkerrechtlichen Gewährleistung eines Rechts auf Bildung und Unionsrecht.

Damit wird die Bildungsleistung durch das oberste Gericht als eine für das menschliche Dasein notwendige Dienstleistung definiert. Dies wiederum entspricht eindeutig der Definition von KRITIS. Wir können uns ansehen, was auf Länderebene daraus geworden ist. Auf Länderebene ist die Kultusministerkonferenz der Argumentation des Verfassungsgerichts gefolgt. In dem Beschluss der Kultusministerkonferenz werden Schulen als – Zitat – „systemrelevant“ und – Zitat – „darüber hinaus eine Grundlage für die Sicherheit der Arbeitsfähigkeit anderer kritischer Infrastrukturen“ bezeichnet.

Da stellt sich die Frage: Sind eigentlich Kindergärten und Schulen nur Zulieferer, damit der Rest der Welt arbeiten kann, oder haben sie auch eine eigenständige Bedeutung? Da würde ich doch mal klar sagen: Sie haben laut Bundesverfassungsgericht eine eigenständige Bedeutung.

(Beifall von der SPD)

Das BBK, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, wird am 11. Mai eine eigene Fachveranstaltung machen, bei der es genau um die Faktoren der Resilienz der Bildungseinrichtungen im Bevölkerungsschutz geht. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, was die Kultusministerkonferenz in ihrem Beschluss am 1. September 2022 in Ihrem Beisein, vermute ich, beschlossen hat:

„Schulen als Orte des Präsenzlernens und als unverzichtbarer Raum der sozialen Interaktion müssen daher mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.11.2021 wie andere Kritische Infrastrukturen [...] mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen einen besonderen Schutz genießen.“

Die rechtliche Grundlage ist aus unserer Sicht klar.

Jetzt möchte ich etwas zum parlamentarischen Verfahren sagen. Dieser Antrag ist am 21. Juni vor den letzten Sommerferien eingebracht worden und befin-

det sich bis jetzt in dem parlamentarischen Lauf. Mit der Frage, warum wir das ein weiteres Mal im Plenum behandeln mussten, will ich die regierungstragenden Fraktionen nicht langweilen.

Wir waren dann der Auffassung, dass diese Debatte Sinn macht, dass wir sie mit vielen Sachverständigen breit führen wollen. Es wäre die Möglichkeit gewesen, in dieser Zeit weitere Neuerungen, die in den letzten Monaten dazugekommen sind, zu implementieren. Das haben wir angeboten.

Darüber hinaus gilt das Struck'sche Gesetz natürlich auch im Landtag. Natürlich wäre es die Möglichkeit gewesen, insbesondere vor dem Hintergrund einer klaren Aussage der jetzigen Jugendministerin – aber auch die damalige Schulministerin Yvonne Gebauer hat im Interview klar gesagt, für sie seien Schulen kritische Infrastruktur –, einen gemeinsamen Aufschlag zu machen.

Jetzt komme ich zu den Kollegen, die vorher gesagt haben, das wäre gar nicht nötig. Warum bin ich der Auffassung, dass der Gesetzgeber den Beamten in der Regierung, aber auch den Beamten und Angestellten in den Kommunalverwaltungen eine Vorgabe bezüglich der kritischen Infrastruktur machen muss? Wenn es keine Vorgaben gibt und ganz klar geregelt ist, dass das eine Priorität ist, dann wird es in der Krise immer andere Dinge geben, die wichtiger sind.

Frau Professor Bellenberg hat am Dienstag in der Anhörung im Schulausschuss sehr deutlich gemacht, woran es in unserem Schulsystem mangelt: Wir haben so viele Verantwortliche: das Schulministerium, die Landschaftsverbände, die Bezirksregierungen, dazu unzählige Kommunen in unserem Land – alle wirken ein.

Wenn da nicht der Gesetzgeber sagt: „Ihr könnt zwar alles diskutieren, aber diese Nummer, nämlich die Bildung unserer Kinder, setzen wir an die erste Stelle“, dann wird das in Zukunft nicht gelingen.

(Beifall von der SPD)

Ich will auf Herrn Sonne antworten. Ich danke Ihnen ausdrücklich für die Art der Debatte. Ernährung und Wärme sind Bestandteil der bisherigen Definition, die ich verändern will, und ich hatte gehofft, Sie wollen das auch. Wenn wir uns ansehen, wie viele Kinder im wahrsten Sinne des Wortes in und während dieser Pandemie Hunger hatten, dass Grundschullehrer mit Essenspaketen nach Hause gefahren sind, dann müssen wir feststellen, dass Schulen eben auch der Ort sind, wo Ernährung sichergestellt wird.

(Beifall von der SPD)

Wo würden wir im Falle einer Energiekrise die Menschen in den Stadtteilen sammeln und wärmen? Dreimal dürfen Sie raten: in den Schulen.

Deshalb ist es doch so wichtig, dafür Konzepte zu haben. Ich möchte deshalb noch einmal darauf hin-

weisen, worum es geht, wenn wir über Konzepte reden. Wir reden darüber, dass Fälle wie „Feuer“ und „Amok“ selbstverständlich eingeübt sind. Aber was ist mit „Wind“ – ich erinnere an den Herbst – „Energie“, „Erdbeben“, „Pandemie“ und andere Dinge? Warum entwickeln wir nicht Resilienz? Wir wissen auch, dass es nicht von heute auf morgen geht. Warum definieren wir als Gesetzgeber das nicht wie in Mecklenburg-Vorpommern, wo das klar ist? Dann müssen sich die kommunalen Spitzenverbände damit beschäftigen, weil wir es ihnen vorgegeben haben, weil wir es als kritische Infrastruktur benennen. Das geht am Ende nur gemeinsam.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Thema „Laschet“ eingehen, der hier gesagt hat: Mensch, ich war in der Hauptschule in Aachen. Da sind in den Brennpunkten die Kinder auch in der Pandemie betreut worden. Sie, von der SPD und von den Grünen verstehen das alles gar nicht.

Ich möchte Ihnen sagen – und das geht auch in Richtung von Frau Müller-Rech von der FDP –: Wir haben die ganze Zeit gesagt, dass die Schulen offen sein sollen, aber sicher. Dazu braucht es aber unzählige Konzepte. Ich bin der ehemaligen Schulministerin so dankbar, dass sie in einem ehrlichen Interview mit dem WDR im „Rückblick“ gesagt hat: Vielleicht hätten wir der einzelnen Schule mehr Freiheit geben sollen. – Ja, genauso ist es.

Leute in Solingen wie die in Waldschulen, wie in den Kultureinrichtungen, haben gesagt ...

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Redezeit, Herr Kollege.

**Jochen Ott (SPD):** ... – ich komme zum Ende –: „Lasst uns die Schulen sicher machen und den Schulleitern die Möglichkeit geben, dafür zu sorgen, dass sie in der ständigen Interaktion mit den Kindern bleiben.“ Das wäre der richtige Weg gewesen. Diese Position habe ich die ganze Zeit für die Sozialdemokratie vertreten. Alle, die etwas anderes behaupten, sagen es an dieser Stelle schlicht nicht so, wie es ist.

Deshalb sage ich Ihnen eins: Schulen zur kritischen Infrastruktur – das wäre das Gebot der Stunde des Gesetzgebers, der die Beamten in unserem Land mit einer klaren Richtlinie leiten will.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Die Redezeit.

**Jochen Ott (SPD):** Ich danke Ihnen, Herr Präsident, und Ihnen auch.

(Beifall von der SPD )

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Dr. Höller.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Kitas und Schulen sind elementar für unsere Gesellschaft, und in der Pandemie wurde sichtbar, welchen Schaden es anrichten kann, wenn Schulen und Kitas über Wochen und Monate geschlossen bleiben.

Heute – darüber haben wir viel gesprochen – ist allseits anerkannt, dass diese Schließungen in Zukunft möglichst verhindert werden sollten.

Gerade – auch das wissen wir und haben darüber diskutiert – für Kinder, die in ihren Familien nicht so tatkräftig unterstützt werden können, bedeutet das, dass sie noch weiter abgehängt werden. Hinzu kommen psychosoziale Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen.

Ganz unabhängig davon müssen wir Schulen und Kitas krisensicher machen. Das ist ganz oft gesagt worden, und das ist völlig unstrittig.

Gewundert hat mich an der Debatte bisher, dass die FDP so tut, als habe sie während der Pandemie und in der letzten Legislatur mit Kitas und Schulen so gar nichts zu tun gehabt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nun gut. Es stellt sich nun die konkrete Frage, ob Ihr Vorschlag, liebe SPD, zu den Bildungseinrichtungen als kritische Infrastruktur dazu geeignet ist, diese großen und hier oft zitierten Probleme im Bildungsbereich zu lösen. Spoiler: Nein, ist er nicht.

Manchmal hilft es, den Blickwinkel ein wenig zu verändern. Deshalb möchte ich einige Gedanken und Ideen aus Sicht der inneren Sicherheit des Katastrophenschutzes nennen. Es geht bei kritischen Infrastrukturen um Organisationen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, deren Ausfall – das ist das zentrale Element der Definition – Versorgungsengpässe oder erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit nach sich ziehen.

Ja, Bildungseinrichtungen haben natürlich eine wichtige Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, vielleicht sogar die wichtigste. Aber dennoch führt ihr Ausfall in einer akuten Krisensituation nicht zu nachhaltig wirkenden Versorgungsengpässen und auch nicht zu erheblichen Störungen der öffentlichen Sicherheit.

Es ist klar: Wenn die Intensivpflegerin im Krankenhaus nicht arbeiten kann, weil sie ihre Kinder betreuen muss, dann kann das die medizinische Versorgungssicherheit gefährden. Damit – das ist ein ganz zentraler Punkt – ist aber nicht die

Bildungseinrichtung an sich kritisch, sondern kritisch ist die Dienstleistung „Betreuung“.

Aus Sicht des Katastrophenschutzes stellt sich dann die Frage: Wie schaffen wir es, die Kinder kurzfristig so zu betreuen, dass die Eltern weiter ihrer Arbeit nachkommen können, um eine erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit abzuwehren.

(Jochen Ott [SPD]: Dann ist Bildung nur Dienstleistung!)

Das ist die Perspektive der inneren Sicherheit: Versorgungssicherheit in einer aktuellen Krisensituation aufrechtzuerhalten. Dafür sorgen wir durch den besseren Schutz und eben auch durch besondere Anforderungen an kritische Infrastrukturen.

Das ist das Konzept „kritische Infrastrukturen“, und dieser Mantel „kritische Infrastrukturen“ bietet keinen angemessenen Schutz für unsere Kitas und Schulen und löst nicht diese Probleme, über die wir so häufig gesprochen haben. Es ist die falsche Lösung für diese skizzierten wesentlichen Probleme.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin Dr. Höller, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Kollegen Ott vor. Würden Sie die zulassen?

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Gerne.

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Das dachte ich mir.

**Jochen Ott (SPD):** Das ist sehr nett, vielen herzlichen Dank. – Würden Sie mir zustimmen, dass Ihre gerade gemachten Ausführungen zeigen, dass Kitas und Schulen in diesem Konzept nur Dienstleister und nicht die eigenständige kritische Infrastruktur sind?

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Nicht die eigenständige ...?

**Jochen Ott (SPD):** Sie sind nicht eigenständig. Das heißt, es geht nicht darum, dass Kinder in der Kita sind und Bildung genießen, sondern es geht Ihnen darum, dass deren Eltern den Job in der kritischen Infrastruktur machen können. Das haben Sie gerade gesagt.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** In Ihrem Antrag vermischten Sie ganz viele Punkte. Sie vermischen die großen Probleme in unserem Bildungssystem, die alle hier richtig benannt haben,

(Zuruf von der SPD)

mit den Funktionen, die der Schutz kritischer Infrastrukturen hat.

Kritische Infrastrukturen sind dazu da, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Eine kritische Dienstleistung ist in dem Fall die Betreuung. Das hat aber nichts damit zu tun, dass wir das Bildungssystem natürlich ganz anders aufstellen müssen. Dazu komme ich gleich noch; es geht um Fachkräfte, um Digitalisierung. Das hat aber nichts mit kritischen Infrastrukturen zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das immer wieder zu vermischen, macht keinen Sinn. Noch einmal: Dieser Mantel „kritische Infrastruktur“ bietet nicht den Schutz, den Sie zu Recht für Kitas und Schulen einfordern. Das ist das falsche Konzept.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Um unsere Kitas und Schulen krisenfester zu machen, braucht es ganz andere Dinge. Dafür brauchen wir Fachkräfte, dafür brauchen wir Digitalisierung. Aber Sie wissen doch, dass das alles mit dem Begriff „kritische Infrastruktur“ nicht vom Himmel fällt, meine Güte.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit Ihrem Antrag möchten Sie Schulen und Kitas ein neues Etikett geben.

(Jochen Ott [SPD]: Genau!)

Das Etikett ist aber falsch

(Jochen Ott [SPD]: Nein!)

und es hilft nicht. Das Etikett bringt keine einzige Fachkraft mehr.

Wer sich einmal mit Branchensicherheitsstandards oder der BSI-Kritisverordnung beschäftigt hat – ich habe mich intensiv damit beschäftigt –, weiß auch, dass das eher schlimmer wird, wenn wir das definieren, denn im schlimmsten Fall führt dieses Etikett dazu, dass die Schulen aufgrund der BSI-Kritisverordnung jede Menge zusätzlicher Verwaltungsarbeit machen müssen, anstatt sich um unsere Kinder zu kümmern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist eben nicht so, dass man sagen kann: Wenn Schulen und Kitas kritisch sind, dann gibt es diese und jene zusätzlichen Anforderungen. – Die Anforderungen gibt es schon; die sind festgelegt. Deswegen stimmt dieses Etikett für diese Lösung nicht.

Unsere Bildungseinrichtungen müssen wir krisenfester machen. Wir müssen Kinder und Familien im Krisenmanagement ganz anders als in der Pandemie berücksichtigen. Das haben wir gelernt, und das werden wir in der nächsten Krise anders machen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gleichzeitig müssen wir die Versorgungssicherheit aufrechterhalten und kritische Infrastrukturen besser schützen, um erhebliche Störungen in der Sicherheit abzuwenden. Beide Dinge sind wichtig, und nichts davon lässt sich durch diesen Antrag erreichen. Deswegen lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Frau Kollegin Dr. Höller, wie es Ihrer Aufmerksamkeit sicherlich nicht entgangen ist, wurde angezeigt, dass eine Kurzintervention vom Kollegen Ott vorliegt. Sie kennen die parlamentarischen Bräuche, Sie können auf diese Kurzintervention auch vom Platz aus erwidern. Jetzt hat erst einmal der Kollege Ott für 90 Sekunden das Wort.

**Jochen Ott (SPD):** Herr Präsident, ich bedanke mich. – Ich möchte auf Ihre Rede noch einmal eingehen. Jetzt ist klar geworden, dass Sie in der Abwägung zwischen Innen- und Bildungspolitik den Schwerpunkt bei der Innenpolitik setzen.

Das Bundesinnenministerium in Berlin hat ein Gutachten in Auftrag gegeben und hat von Professor Karutz, Universität Hamburg, untersuchen lassen, welche Optionen es gibt. In diesem Gutachten ist sehr deutlich beleuchtet, dass ein Weg, Schulen und Bildungseinrichtungen zur kritischen Infrastruktur zu machen, sehr wohl gegangen werden kann.

Es sind bestimmte Dinge definiert worden. Es ist in der Anhörung – übrigens auch von dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe – vorgebracht worden, dass dazu verschiedene Definitionen zu erfolgen haben, aber dass das ein richtiger Weg ist, weil Bildung etwas Eigenständiges ist.

Das Bundesverfassungsgericht gibt dem Recht auf Bildung den genauso großen Stellenwert gibt wie der Betreuung von Kindern, deren Eltern in der kritischen Infrastruktur arbeiten.

Deshalb bleiben wir bei der These: Wenn wir gemeinsam Kindertagesstätten und Schulen zur kritischen Infrastruktur entwickeln und diese als solche definieren wollen, und zwar mit all den Unterschieden, die diese Einrichtungen im Vergleich zu anderen kritischen Infrastrukturen haben, dann helfen wir den Kindern und Jugendlichen, dann helfen wir dem System, wenn es in Zukunft zu einer ähnlichen Lage kommt. Wenn wir das nicht tun, wird es angesichts der komplexen Organisationsstruktur auch beim nächsten Mal zunächst wieder zu Schulschließungen kommen. Das sage ich Ihnen voraus.

Ich bedaure es sehr, dass Sie nicht wenigstens bereit sind, in einen solchen Prozess einzusteigen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Ott. Das waren fast genau 90 Sekunden. – Jetzt hat Frau Kollegin Dr. Höller 90 Sekunden für ihre Erwiderung.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Vielen Dank für Ihre Kurzintervention. Ich denke, es ist klar geworden, dass Sie die Punkte, die Sie in Ihrem Antrag nicht auseinandergelassen haben, auch jetzt nicht auseinanderhalten.

Wir alle teilen, dass wir Bildung, dass wir Schulen und dass wir Kitas krisenfester machen müssen. Der Weg, sie als kritische Infrastrukturen zu definieren, ist aber nicht der richtige, denn er hilft niemandem. Er hilft nicht den Schülerinnen und Schülern, er hilft nicht den Familien, und er hilft auch nicht den Kindern. Das Konzept „kritische Infrastruktur“ ist nämlich nicht dafür ausgelegt, Bildung oder Schulen krisenfester zu machen. Denn diese tragen nicht zur Versorgungssicherheit bzw. Abwehr einer Störung der öffentlichen Ordnung bei.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, innen first!)

Das ist allerdings das Ziel der kritischen Infrastruktur, die eine Aufrechterhaltung der kritischen Dienstleistungen gewährleisten soll.

(Beifall von den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Das ist die Innensicht, genau!)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Frau Kollegin Dr. Höller. – Für die AfD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz<sup>1)</sup> (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst ist lobend festzustellen, dass offenbar auch die SPD begriffen hat, dass sie in der Pandemiepolitik, insbesondere durch den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach betrieben und befeuert, eindeutige Fehler gemacht hat. Die Schließungen der Schulen in dieser Pandemie waren ein Fehler. Insofern ist es gut, dass Sie das endlich eingestehen und auch zugeben. Es wäre noch besser, würde sich Karl Lauterbach offiziell bei den Schülern dafür entschuldigen und die nötigen Konsequenzen aus seinen Fehlern ziehen. Das wäre an dieser Stelle das Angemessenste.

(Beifall von der AfD)

Allerdings ist es geradezu aberwitzig, dass Sie diesen Antrag weiter aufrechterhalten, obwohl Sie diese Dinge zugestehen und eingestehen. So fordern Sie, dass im Herbst wieder Masken getragen werden und Tests erfolgen sollen, und das tun Sie, obwohl wir über die letzten drei Jahre so viel über diese Erkrankung gelernt haben. Sie wollen erneut darüber diskutieren, wie wir im nächsten Herbst an den Schulen

verfahren. Bei allem, was dort passiert ist, wäre es das Mindeste gewesen, dass Sie diesen Antrag überarbeitet hätten. Besser wäre es, ihn direkt zurückzuziehen.

Denn genauso aberwitzig ist die Grundforderung – und das ist der wesentliche Teil Ihres Antrags; das wurde hier schon mehrfach gesagt –, Schulen zur kritischen Infrastruktur erklären zu wollen. Als überschwänglicher Bildungspolitiker wollen Sie damit ausdrücken, wie wichtig die Schule ist, wie viel Augenmerk man auf das, was dort passiert, legen muss, wie viel man in Krisen investieren muss, um den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.

Aber Sie werden doch zugestehen müssen, dass es einen Unterschied zwischen Schulen auf der einen Seite und Kasernen, Polizeistationen und Krankenhäusern auf der anderen Seite gibt. Wenn es zu einem Black-Swan-Ereignis kommt und der Strom großflächig ausfällt, dann bringen Sie doch nicht die Kinder in die Schule. Dann gucken Sie, dass in der Polizeistation das Licht brennt. Dann gucken Sie, dass die Wasserversorgung steht. Dann gucken Sie, dass es weiter Strom gibt. Dann werden Sie aber nicht die Kinder in die Schule bringen. Das wäre nämlich die Folge, wenn Sie Schulen in dieser Art und Weise zur kritischen Infrastruktur erklären würden.

(Kirsten Stich [SPD]: Sie wollten doch sogar Schwimmbäder zur kritischen Infrastruktur machen!)

In Bezug auf die Frage, wie man in der Zukunft mit Pandemiesituationen umgeht, dann geht es doch ganz wesentlich darum, dass wir analysieren, um welchen Keim es sich handelt. Unter Umständen ist der Auslöser für die nächste Pandemie ein Keim, der besonders gefährlich für Kinder ist, der sich dort durch eine besonders hohe Sterblichkeit auszeichnet. Wollen Sie in einer Situation, in der Luftfilter oder Masken keinen Schutz bieten – Sie haben mittlerweile bewiesen, dass Sie die Pandemie darüber nicht einschränken können –, in der Kinder besonders gefährdet sind, in der vielleicht ein Drittel der Kinder an der Erkrankung stirbt, wirklich erklären, dass die Schulen weiter geöffnet bleiben, dass die Kinder weiter in die Schule gehen sollen? In einer solchen Situation wäre es doch geboten, Schulen zu schließen.

Aus diesen Gründen müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse aus der Pandemie ziehen, und dafür – und das ist das Grundlegendste, was wir machen können – ist es wichtig, dass wir zunächst einmal aufarbeiten, was in den letzten drei Jahren passiert ist. Das blockieren Sie allerdings auf verschiedensten Ebenen. Das blockieren Sie hier im Land, das blockieren Sie im Bund, weil Sie Angst haben, dass all Ihre Verfehlungen, dass all die Fehler und das Unrecht, das man

den Kindern in dieser Zeit angetan hat, aufgedeckt werden.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie Schulen also tatsächlich auf die nächsten Situationen vorbereiten wollen, dann geht es darum, dass man die Pandemie und vor allen Dingen die Fehler, die auch von Ihrer Partei insbesondere im Bund gemacht worden sind, vernünftig aufarbeitet. Wenn Sie das aber weiterhin blockieren und solange Sie nicht dazu stehen, brauchen wir an dieser Stelle gar nicht darüber zu reden, wie Sie sich hier für Kinder einsetzen. Die Kinder leiden jetzt noch unter den Folgen Ihrer Pandemiepolitik, und darauf müssen wir eigentlich in den nächsten Jahren das Augenmerk legen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in Drucksache 18/2960, den Antrag Drucksache 18/60 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 18/60 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/60** bei Nichtbeteiligung des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

### **3 Chaos im Schienenpersonennahverkehr verhindern – Landesregierung muss Finanzierung absichern!**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3242

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Rasche das Wort.

**Christof Rasche<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag geht es um den Schienenpersonennahverkehr, um den öffentlichen Personennahverkehr, also vor allem um die Pendlerinnen und Pendler, die morgens zur Arbeit und abends nach Hause den Bus oder die Bahn nehmen, um pünktlich ihren Arbeitsplatz oder ihr Zuhause zu erreichen. Damit geht es auch um die Entlastung der Straße, und dabei geht es auch um die